

<https://www.zerohedge.com/political/money-and-power-fiat-currency-monetary-corruption-architecture-extraction>

Geld und Macht: Fiat-Währung, monetäre Korruption und die Architektur der Ausbeutung

Geld wird oft als neutral, technisch oder lediglich als Instrument beschrieben – als passives Medium, das den Austausch innerhalb einer ansonsten politischen Gesellschaft erleichtert. Diese Ansicht ist nicht nur falsch, sondern auch zutiefst irreführend.

13. Januar 2026 | Justin Pak, The Mises Institute

Geld ist die verborgene Verfassung jeder politischen Ordnung. Es bestimmt, welche Handlungen möglich sind, welche Institutionen überleben, welche Risiken belohnt und welche Fehler verziehen werden. Während Verfassungen Rechte verkünden und Gesetzgeber über Politik debattieren, bestimmt Geld stillschweigend die Ergebnisse.

Aus diesem Grund ist die Struktur eines Währungssystems niemals rein wirtschaftlicher Natur. Sie ist moralisch, politisch und zivilisatorisch.

Aus der Perspektive der österreichischen und andersgläubigen politischen Ökonomie stellt das moderne Fiat-Währungssystem keine Weiterentwicklung früherer Währungsformen dar, sondern eine radikale Abkehr von ihnen – eine, deren charakteristisches Merkmal die Aufhebung von Beschränkungen ist.

Historisch gesehen entstand Geld eher als Marktphänomen denn als staatliche Schöpfung. Carl Menger zeigte, dass Geld organisch als die am besten verkaufliche Ware innerhalb einer Wirtschaft entsteht, ein Prozess, der eher durch freiwilligen Austausch als durch Verordnungen vorangetrieben wird. Ludwig von Mises formalisierte diese Erkenntnis später durch das Regressionstheorem und zeigte, dass Geld seinen Ursprung in einem Gut haben muss, das wegen seiner nicht-monetären Verwendungsmöglichkeiten geschätzt wird, um überhaupt einen Tauschwert zu erlangen. Gold und Silber wurden nicht zu Geld, weil Staaten sie dazu erklärten; Staaten erklärten sie zu Geld, weil die Märkte dies bereits getan hatten.

Fiatgeld kehrt diese Logik um. Es entsteht nicht aus Knappheit oder Marktauswahl, sondern aus gesetzlichen Privilegien. Seine Akzeptanz hängt nicht von verdientem Vertrauen ab, sondern von der Durchsetzung durch gesetzliche Zahlungsmittelgesetze, Besteuerung und institutionelle Trägheit. Was sich als souveräne Währung präsentiert, sind in der Praxis Staatskredite, die als Geld zirkulieren. Dieser Unterschied liegt nicht nur in der Bedeutung, d.h. er ist nicht semantischer Natur. Er markiert den Unterschied zwischen einem System, das durch die äußere Realität diszipliniert wird, und einem System, das durch Ermessensspielraum geregelt wird.

Diese Ermessensfreiheit konzentriert sich auf die Institution der Zentralbanken. Zentralbanken werden oft als neutrale Hüter der Stabilität dargestellt, als technokratische Schiedsrichter, die über der Politik stehen. In Wirklichkeit fungieren sie als Kartellmanager für das Finanzsystem und koordinieren Ergebnisse, die unter Wettbewerbsbedingungen nicht überlebensfähig wären. Durch die Unterdrückung der Zinssätze, die Gewährleistung von Liquidität und ihre Rolle als Kreditgeber der

letzten Instanz schützen die Zentralbanken privilegierte Institutionen vor dem Scheitern und bewahren gleichzeitig den Anschein einer Marktordnung. Das Scheitern wird nicht abgeschafft, sondern nur aufgeschoben. Und weil es aufgeschoben wird, häuft es sich an und wird mit jedem Zyklus größer und zerstörerischer.

Diese Struktur führt zu einer Umkehrung der kapitalistischen Disziplin. In echten Märkten dienen Gewinne und Verluste als Signale, die Weitsicht belohnen und Fehler bestrafen. Im Rahmen der Zentralbankpolitik bleiben Gewinne während kreditgetriebener Expansionsphasen privat, während Verluste in Kontraktionsphasen als systemisch deklariert und durch Rettungsaktionen, Inflation und Geldentwertung auf die Öffentlichkeit übertragen werden. Risikobereitschaft wird gerade deshalb belohnt, weil sie abgesichert ist; Vorsicht wird durch negative Realzinsen und Wettbewerbsnachteile bestraft. Institutionen, die die Verschuldung einschränken, werden durch solche verdrängt, die sie ausnutzen. Was übrig bleibt, ist kein Kapitalismus mehr, sondern eine staatlich geschützte Finanzwirtschaft, die eher durch politische Notwendigkeit als durch wirtschaftliche Lebensfähigkeit aufrechterhalten wird.

Die Manipulation der Zinssätze steht im Mittelpunkt dieser Transformation. In der klassischen Theorie koordinieren Zinssätze die Zeitpräferenzen innerhalb der Gesellschaft und gleichen den gegenwärtigen Konsum gegen zukünftige Unsicherheiten aus. Sie sind Preise, die aus der Interaktion zwischen Sparern und Kreditnehmern entstehen. In modernen Fiat-Systemen sind Zinssätze jedoch keine Preise mehr. Sie sind politische Signale, die auferlegt werden, um von zentralen Planern definierte makroökonomische Ziele zu erreichen. Diese Ersetzung der Marktkoordination durch administrative Entscheidungen schafft eine tiefgreifende **monetäre Hierarchie**.

Diejenigen, die der Geldschöpfung am nächsten sind, profitieren von den niedrigsten Kreditkosten. Staatliche Regierungen finanzieren Defizite kostengünstig, indem sie Steuern durch Geldschöpfung ersetzen. **Große Banken haben direkten Zugang zu zentraler Liquidität.** Große Unternehmen geben Anleihen mit geringen Spreads¹ aus und sind so vor tatsächlichen Risiken geschützt. Je weiter man sich vom Emissionsort entfernt, desto höher sind die Kosten. Kleine Unternehmen sehen sich mit höheren Zinsen und strengerem Bedingungen konfrontiert. Haushalte müssen gleichzeitig Inflation und Kreditkosten tragen. Peripherie Länder nehmen Kredite in Fremdwährungen auf und sind damit einem Wechselkursrisiko ausgesetzt, das sie nicht kontrollieren können. Die Nähe zur Geldschöpfung wird zu einem entscheidenden Faktor für das Überleben. Der Zugang zur Zentralbank ersetzt die Produktivität als primären wirtschaftlichen Vorteil.

Da Geld ungleichmäßig in die Wirtschaft fließt, ist eine geldpolitische Expansion immer mit politischen Entscheidungen verbunden. Es gibt keine neutrale Erhöhung der Geldmenge. Jede Expansion wählt Begünstigte aus. Die Ära der quantitativen Lockerung machte dies unbestreitbar. Die Liquidität floss überwiegend in Finanzanlagen – Aktien, Anleihen und Immobilien –, während die Löhne zurückblieben und die produktiven Investitionen stagnierten. Dieses Ergebnis wurde öffentlich als „Vermögenseffekt“ gerechtfertigt, also mit der Überzeugung, dass steigende Vermögenspreise die allgemeine Wirtschaftstätigkeit ankurbeln würden. In der Praxis wirkte dies wie eine Begünstigung von Vermögensbesitzern, die diejenigen bereicherte, die bereits über Kapital verfügen, und gleichzeitig die Kluft zwischen Finanzvermögen und Arbeitseinkommen vergrößerte.

¹ In der Finanzwelt kann der Begriff Spread verschiedene weitere Bedeutungen haben, jedoch beziehen sie sich immer auf die Differenz zweier Preise oder Kurse.

Die produktive Wirtschaft wich zunehmend dem Finanz-Engineering. In den Bilanzen zeigte sich ein robustes Wachstum, obwohl die tatsächlichen Kapazitäten ausgehöhlt wurden. Die Illusion des Wohlstands wurde eher durch steigende Vermögenspreise als durch steigende Produktivität aufrechterhalten. Was als Stabilisierung bezeichnet wurde, war in Wirklichkeit eine Umverteilung der Ansprüche auf zukünftige Erträge zugunsten derjenigen, die am nächsten an der Geldquelle saßen.

Die Schaffung von Geld ist jedoch nur eine Seite des Geldzyklus. Fiat-Systeme müssen auch Geld zurückholen, und das tun sie durch Inflation, Zinsen und Abhängigkeit. Die Inflation zehrt still und leise die Ersparnisse auf, bestraft den aufgeschobenen Konsum und belohnt die Verschuldung.

Zinsen entziehen zukünftige Arbeitskraft und binden Einzelpersonen an Verpflichtungen, die auf eine Währung lauten, deren Kaufkraft systematisch verwässert wird. Schulden konzentrieren Eigentum, wandeln Zahlungsausfälle in Vermögensübertragungen um und beschleunigen die Konsolidierung in Zeiten des Abschwungs. Die Bürger sind zunehmend gezwungen, Kredite aufzunehmen, nicht um ihre Chancen zu erweitern, sondern um zu überleben – um Wohnraum, Bildung, Gesundheitsversorgung oder sogar die Mittel zur Gründung eines Unternehmens zu erhalten. Schulden werden zu einem Mechanismus der Verhaltenskontrolle. Zahlungsausfälle werden zu einem Instrument der Enteignung.

Dieses System ist auf Undurchsichtigkeit angewiesen, um zu überleben. **Moderne Währungssysteme sind bewusst komplex gestaltet.** Notfallmaßnahmen werden erst nachträglich bekannt gegeben. Die Begünstigten bleiben im Verborgenen. Bilanzen werden eher als technische Artefakte denn als politische Instrumente dargestellt. Die Sprache ist abstrakt gehalten, um eine genaue Prüfung zu erschweren. Inflation wird zu „Akkommodation“, zur Anpassung. Rettungsaktionen werden zu „Liquiditätshilfen“. Wie Murray Rothbard feststellte, dient Komplexität als Tarnung. Ein System, das Transparenz nicht standhalten kann, ist auf Undurchsichtigkeit angewiesen, um seine Legitimität zu bewahren.

Die Korruption des Fiat-Geldes endet nicht an den nationalen Grenzen; die Dollar-Hegemonie globalisiert sie. Da der US-Dollar als Weltreservewährung fungiert, wird die Politik der Federal Reserve automatisch zur globalen Geldpolitik. Ausländische Staaten müssen Dollar halten, um den Handel zu stabilisieren, Kredite in Dollar aufzunehmen, um Zugang zu Kapital zu erhalten, und die Folgen der geldpolitischen Entscheidungen der USA tragen, über die sie keine Kontrolle haben. Wenn die Fed die Geldpolitik lockert, strömt Kapital in die Schwellenländer, was zu Blasenbildung und einer Zunahme der auf Dollar lautenden Schulden führt. Wenn die Fed die Geldpolitik strafft, brechen die Währungen ein, werden Schulden unbezahlbar und es kommt zu Krisen. Was im Zentrum als innenpolitische Stabilisierung erscheint, manifestiert sich an der Peripherie als Verwüstung.

Diese Regelung stellt eine Form des Seigniorage²-Imperialismus dar. Der emittierende Staat erwirbt reale Güter, Arbeitskräfte und Vermögenswerte im Austausch gegen Verbindlichkeiten, die er nach Belieben ausweiten kann. Die Kosten werden durch Wechselkursschwankungen, Schuldenkrisen und von außen auferlegte Sparmaßnahmen exportiert. Die Fiat-Korruption nimmt somit weltweit zu und verwandelt die monetäre Dominanz in ein Instrument geopolitischer Macht.

Die Geschichte liefert dafür zahlreiche Belege. Von der Kreditausweitung in den 1920er Jahren und der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise durch Interventionen über die Aufgabe der Goldkonvertibilität im Jahr 1971 und die darauf folgende Explosion der Verschuldung bis hin zur Finanzkrise von 2008 und ihren Folgen in Form von Rettungsaktionen und Konsolidierungen wiederholt sich

² Seigniorage: Gewinn durch Geldschöpfung

dieses Muster. Jede Krise wird als Ausnahmefall dargestellt. Jede Intervention wird zum Präzedenzfall. **Jede Rettungsaktion erhöht die Fragilität.** Die geldpolitische Expansion in Zeiten der Pandemie hat lediglich einen bereits eingeschlagenen Kurs beschleunigt und ein Schaffensniveau normalisiert, das früher Kriegszeiten vorbehalten war.

Aus Rothbardscher³ Sicht kann ein solches System nicht reformiert werden. Ein Geldmonopol führt unweigerlich zu Missbrauch, nicht weil Einzelpersonen besonders korrupt sind, sondern weil unkontrollierte Ermessensfreiheit immer dazu führt. Das Problem ist nicht Misswirtschaft, sondern liegt in der Struktur begründet. Fiatgeld – abgeschirmt von Wettbewerb und Zwängen – verwandelt Geld von einem Tauschmittel in ein Instrument der Hierarchie.

Eine freie Gesellschaft kann nicht auf einer Währungsgrundlage beruhen, deren Funktionsnieren Unwissenheit erfordert. Beschränkungen sind nicht der Feind des Wohlstands, sondern seine Voraussetzung. Ohne sie werden Preise manipuliert, Kapital falsch verteilt und Verantwortung aufgelöst. Fiatgeld finanziert nicht nur Macht, es wird selbst zu Macht. Und wenn das Geld selbst korrumptiert ist, folgt alles, was darauf aufgebaut ist.

Die entscheidende Frage ist also nicht, wie man Fiatgeld geschickter verwaltet, sondern ob Freiheit mit einer Währungsordnung koexistieren kann, die von Zustimmung, Wettbewerb und Konsequenzen abgeschottet ist.

Die Geschichte legt nahe, dass dies nicht möglich ist.

3 Murray Newton Rothbard (1926-1995) war ein amerikanischer Ökonom und politischer Philosoph. Er veröffentlichte auch Beiträge im Bereich der Geschichtswissenschaft. Rothbard war maßgeblicher Vordenker der anarcho-kapitalistischen Bewegung in den USA und der Libertarian Party. Als Ökonom stand er in der Tradition der Österreichischen Schule. Kulturell war er konservativ eingestellt und wurde als junger Mann durch den Geist der amerikanischen Old Right beeinflusst.